

## **Niederschrift**

über die 10. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften**

am Montag, dem **19.06.2023**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 06.06.2023**
- 4. Neufassung der Hebesatzsatzung  
Vorlage: 094/2023**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende  
Ratsherr Reemt Borchers  
Beigeordneter Nikolai Dumke  
Ratsherr Torge Heinisch  
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Frank Behrens als Vertretung für Herrn Ratsherr Thomas Ney  
Ratsherr Carsten Tschackert als Vertretung für Herrn Beigeordneten Matthias Lührs

Zuhörer/in

stellv. Bürgermeisterin Kirstin Pöppelmeier

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg  
Gemeindeoberrat Klaus Oltmann  
Gemeindeamtsrat Christian Kroll  
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

**2. Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger äußerte seine Verwunderung über die drastische Erhöhung der Hebesätze.  
Er fragte, ob es noch andere Möglichkeiten gäbe, das Defizit auszugleichen.

Daraufhin erklärte der Bürgermeister, dass in den letzten Jahren immer der Haushaltsausgleich in der Planung erreicht werden konnte. Aufgrund des Zwangs

auch jetzt einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und der Tatsache, dass bereits erhebliche, auch an die Substanz gehende Einsparungen berücksichtigt wurden, sehe er momentan keinen anderen Weg.

Ein anderer Bürger äußerte die Befürchtung, dass durch die Erhöhung des Hebesatzes auf 750 v. H. Existenzen bedroht sein könnten. Für ihn seien andere Bemühungen, die diese Erhöhung vermeiden könnten, nicht erkennbar. Außerdem sei es unglücklich, dass jetzt in kurzer Zeit eine Entscheidung getroffen werden müsse. Man müsse damit rechnen, dass aufgrund des hohen Hebesatzes in Zukunft keiner mehr nach Sande ziehen wolle.

Diese Bedenken sah der Bürgermeister nicht.

Eine Bürgerin merkte an, dass durch die Hebesatzerhöhung und die Grundsteuerreform auf manche Grundstückseigentümer die dreifache Belastung bei der Grundsteuer entstehen könnte.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Erhöhung nicht der neuen Berechnung ab 2025 zu tun hat und somit keine Verdreifachung eintritt.

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass die Erhöhung der Steuern als letzte Möglichkeit gesehen wird. Im Vergleich zu dem für das Haushaltsjahr 2023 bereits beschlossenen Haushalt wurden bereits einige Ansätze gekürzt bzw. sogar gestrichen. Der Tarifabschluss belastet den Haushalt mehr als geplant, außerdem brechen nach der aktuellen Steuerschätzung die Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer drastisch weg.

Trotz deutlicher Bemühungen bei Einsparungen steht noch ein Defizit von ca. 660.000 € im Raum. Bei der Grundsteuer handelt es sich um eine genau planbare Einnahmeart.

Ein Einwohner fragte, ob in der Vergangenheit Rücklagen gebildet werden konnten.

Das wurde vom Bürgermeister verneint. Für die Zukunft sei aber eine positive Tendenz bei der Einwohnerzahl und der Ansiedlung von Gewerbe zu erwarten.

Des Weiteren wurde von der Verwaltung erklärt, dass es in den vergangenen Jahren durchaus auch Jahre mit Überschüssen gegeben hat. Allerdings gab es bereits bei der Umstellung auf die Doppik einen kameralen Fehlbetrag und auch Jahre Defiziten, daraus resultiert ein kumulierter Fehlbetrag von ca. 2,7 Millionen Euro.

Ein Einwohner merkte an, dass in den Nachbarkommunen momentan keine Erhöhung der Hebesätze nötig sei, obwohl die anderen Kommunen auch stärker belastet werden.

Dies wurde von der Verwaltung damit erklärt, dass es einigen Kommunen in der Vergangenheit möglich war Rücklagen zu bilden. Diese können zum Ausgleich des Defizits genutzt werden.

Ein Einwohner erkundigte sich, ob es bei dem scheinbar positiven Ausblick in die Zukunft möglich sei, die Erhöhung des Hebesatzes zeitlich befristet zu beschließen.

Dazu wurde erläutert, dass es bei einer positiven Entwicklung möglich ist, den Hebesatz auch nach dem 30.06. rückwirkend zum Jahresanfang zu senken. Eine zeitlich befristete Erhöhung kann so allerdings nicht beschlossen werden.

Ein Einwohner zeigte grundsätzlich Verständnis für eine Erhöhung der Steuer, allerdings stellt dies zusätzlich zu allen anderen Kostensteigerungen eine enorme Belastung dar. Er hoffe auf einen Kompromiss, mit denen sowohl die Bürger als auch die Gemeinde gut leben könne.

### **3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 06.06.2023**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **4. Neufassung der Hebesatzsatzung** **Vorlage: 094/2023**

Von der Verwaltung wurde der Sachverhalt erläutert.

Seitens der SPD-Fraktion wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Notwendigkeit zum Ausgleich des Defizits und auch die eines Beschlusses über eine Änderung der Hebesätze bis zum 30.06. durchaus gesehen werde. Dennoch wird der Vorschlag einer derartigen Erhöhung der Hebesätze mit dem Ziel des Haushaltsausgleich als zu einfach erachtet und stellt eine zu große Belastung der Bürger dar. Es müsse versucht werden, diese Belastung auf mehrere Schultern zu verteilen. Ein Vorschlag wäre die Erhöhung der Hebesätze auf 650 Prozent. Die dann noch fehlenden 220.000 € sollen durch eine pauschale Kürzung der Budgets um weitere sechs Prozent eingespart werden.

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke vertrat die Annahme, dass es sich die Verwaltung mit dem Vorschlag das Defizit nur durch Steuererhöhungen decken zu wollen. Das erwecke den Eindruck, dass etwaige Einsparmöglichkeiten auf der Ausgabenseite nicht ausreichend beleuchtet wurden.

Auch von der Gruppe Bürger für Sande/CDU wurde signalisiert, dass der Beschlussvorschlag so nicht mitgetragen werden könne. Eine Erhöhung der Hebesätze auf 650 Prozent könnte neben einer pauschalen Kürzung der Ansätze denk-

bar sein. Außerdem müsste man über eine moderate Erhöhung der Hundesteuer nachdenken und prüfen, ob Gebühren erhöht werden können.

Es werde die Auffassung vertreten, dass Ausgaben für Maßnahmen, die für die Gruppe zum Gemeindeleben dazu gehören, wie beispielsweise der Radweg am Kanal oder das DGA Cäciliengroden, nicht gestrichen werden sollten.

Es wurde angeregt, mit Mitgliedern aller Gruppen und Fraktionen eine Arbeitsgruppe zu bilden, um mittelfristig die freiwilligen Leistungen zu reduzieren.

Des Weiteren ist die Gruppe der Auffassung, dass man die Verwaltung hinsichtlich einer Verschlankung bzw. einer höheren Effizienz überprüfen sollte.

Zu vermeiden gewesen wären beispielsweise auch die Defizite bei der Sozialstation, die dann letztendlich den Haushalt zusätzlich belasten.

Darauf erwiderte der Bürgermeister, dass diese Behauptung noch widerlegt wird. Außerdem sind die Defizite eine Bestätigung für die Richtigkeit der Entscheidung, sich von der Sozialstation zu trennen.

Ein Ausschussmitglied vertrat die Auffassung, dass einem von der Verwaltung mit diesem Beschlussvorschlag die Pistole auf die Brust gesetzt wurde. Es sei kein Zwang erkennbar heute einen endgültigen Beschluss zu fassen.

Außerdem wurde moniert, dass das Genehmigungsschreiben zum Haushalt erst verspätet an die Ratsmitglieder versandt wurde. Es stand die Vermutung im Raum, dass man bei einer zeitnahen Bekanntmachung eher hätte reagieren können.

Diese Vermutung konnte von der Verwaltung widerlegt werden.

Es wurde dazu angemerkt, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen sowohl auf die bedenkliche derzeitige Haushaltssituation, als auch auf die besorgniserregende mittelfristige Planung und die Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde Sande hingewiesen wurde. Auch die Entwicklung der Verschuldung wurde dargelegt.

Der prognostizierte Fehlbetrag in Höhe von 662.000 € wurde nach Bekanntwerden der aktuellen Steuerschätzungen ermittelt.

Zum Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung des Haushaltes waren die Steuerschätzungen noch nicht bekanntgemacht und ein Handlungsbedarf in diesem Ausmaß noch nicht gegeben.

Es wurde seinerzeit bereits darauf hingewiesen, dass aufgrund der weiterhin angespannten Finanzlage dringend eine Verbesserung der Einnahmesituation stattfinden muss.

Von der Gruppe Grüne/FDP/Linke wurde signalisiert, dass bei einem heute gefassten Beschluss dagegen gestimmt werden müsse da weiterhin vermutet wird,

dass die Verwaltung mit Scheuklappen bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten unterwegs war.

Vom Bürgermeister wurde noch angemerkt, dass ein gefasster Beschluss für den Verwaltungsausschuss und den Rat lediglich eine Empfehlung darstellt und nicht bindend ist, für die weitere Beschlussfassung.

Der Bürgermeister schlug als Ergebnis der Diskussion vor, die Hebesätze bei der Grundsteuer A und B auf 650 v. H. anzuheben. Desweiteren soll die Verwaltung beauftragt werden, die Haushaltsansätze auf Einsparungen bei den Aufwandsansätzen sowie auf Erhöhungen bei den Ertragsansätzen zu überprüfen.

Dem konnte mehrheitlich zugestimmt werden.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Gemeinde Sande (Hebesatzsatzung) in der anliegenden Form und damit eine Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B auf 650 v. H. rückwirkend zum 01.01.2023.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsansätze auf Einsparungen bei den Aufwandsansätzen sowie auf Erhöhungen bei den Ertragsansätzen zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

## **5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

---

Schluss der Sitzung:

18:00 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin